★ September 2010

antikriegs-info

der Deutschen Kommunistischen Partei

Rückzug braucht Bewegung!

Truppen raus aus Afghanistan - Jetzt!

In den letzten Wochen wird der von US-Präsident Obama für Juli 2011 angekündigte Beginn des Truppenabzuges aus Afghanistan immer mehr zerredet und in Frage gestellt. US- und Bundeswehr-Generale dämpfen die Erwartungen der kriegskritischen Öffentlichkeit in den NATO-Ländern. Ohne stärkeren Druck der Antikriegsbewegung wird der Krieg am Hindukusch nicht zu stoppen sein.

Der Termin Juli 2011 sei nicht in Stein gemeißelt, heißt es bei US-General Petraeus. Der Behlshaber der Interventionstruppen in Afghanistan interpretiert seinen Präsidenten so, dass es sich beim Rückzug „um einen Prozess handeln wird, nicht um ein Ereignis, und dass dieser Prozess von Rahmenbedingungen abhängen wird."
Vorstellbar ist für ihn, dass im nächsten Sommer 2.000 der über 100.000 US-Soldaten aus Afghanistan zurückbeordert werden. Vorstellbar, wie gesagt.

Generalleutnant Bill Caldwell, Verantwortlicher der NATO für die Ausbildung von afghanischen „Sicherheitskräften", hat dieser Tage klar gemacht, dass die Aufstellung einheimischer Hilfstruppen weit hinter dem Zeitplan herhinkt. Ziel sei der Aufbau einer afghanischen Armee von 172.000 Soldaten und einer paramilitärischen Polizeitruppe von 134.000 Mann. Derzeit fehlten noch 56.000 Mann. Weil die Desertionsrate so hoch ist, müssen 141.000 Afghanen rekrutiert und ausgebildet werden, um 56.000 Militärs zu bekommen.

Auch nach einem Teilabzug der US- und NATO-Truppen ist nicht daran gedacht, Afghanistan aus dem Griff der Besatzungsmächte zu entlassen. "Verteidigungs"minister Guttenberg hat bereits öffentlich über sogenannte "Nachsorgeoperationen" nachgedacht. Wer wissen will, wie eine sogenannte „Nachsorge", also eine Intervention mit anderen Mitteln in Afghanistan aussehen kann, wird leicht fündig.

Auch nach einem Teilabzug der NATO, ist nicht daran gedacht, Afghanistan aus dem Griff der Besatzungsmächte zu entlassen.

Im Irak soll laut US-Präsident Obama mit dem 31. August 2010 „Amerikas Kampfauftrag enden". Dennoch werden weiter 50.000 US-Soldaten im Land bleiben und sich mit "Aufstandsbekämpfung" befassen. In den Worten des US-Vizepräsidenten Biden werden die US-Truppen im Irak auch künftig nicht aus Ausbildern, sondern aus Leuten bestehen „die gezielt schießen und die schlimmen Jungs fangen können."

Alles deutet darauf hin, dass die USA sich auch über das Jahr 2011 hinaus, weitere Stationierungsrechte im Irak sichern werden.

Inzwischen werden dort Special Operation Forces aus Irakern aufgebaut, die einer speziell geschaffenen „Antiterrorbehörde" unterstellt sind und bei der irakischen Bevölkerung als verlängerter Arm der US-Militärs und als besonders brutal und rücksichtslos gegenüber Zivilisten gelten.

Zukünftig werden die USA sich bemühen, möglichst wenige Fußabdrücke der eigenen Truppen zu hinterlassen. Spezialeinheiten, Söldner, einheimische Hilfstruppen, Geheimdienstoperationen, sog. "gezielte Tötungen", Drohneneinsätze - das sind Mittel der künftigen „Machtprojektion" des Westens in Afghanistan, im Irak und in anderen Ländern. "Spiegel Online" berichtete Ende August, dass verdeckt agierende Spezialkommandos der US-Armee allein in den letzten drei Monaten 365 Kommandeure der Aufständischen in Afghanistan "eliminiert" haben.

Offenbar ist auch die Bundeswehr viel stärker in solche Killeraktionen ("gezielte Tötungen") eingebunden, als bisher zugegeben wurde.

Aktuell berichten US-Medien auch über eine Ausweitung des Krieges mit Drohnen im Jemen. Spezialeinheiten der US-Armee und die CIA sollen derzeit Start- und Landeplätze, Ausrüstung und Radareinrichtungen im Jemen, in Kenia, in Djibouti und in Äthiopien für Einsätze im Jemen vorbereiten.

Das, was der Öffentlichkeit als "Abzug" aus Afghanistan (und aus dem Irak) verkauft werden soll, ist nichts anderes, als eine Veränderung der Kriegsführung. Während Teile der Armee medienwirksam zurückgezogen werden, geht im Verborgenen der schmutzige Krieg um so heftiger weiter. Die Antikriegsbewegung muss ihren Druck verstärken, sonst wird es keinen Frieden geben.

ORIGINALTON

Das "Verteidigungs"ministerium zu gezielten Tötungen, 18.08.10.

"Entsprechend dem ISAF-Regelwerk wird eine Liste geführt, in der auf der Grundlage eines festgelegten Kriterienkataloges Zielpersonen Handlungsempfehlungen zugeordnet werden. Bei Personen, die sich unmittelbar oder dauerhaft an den Feindseligkeiten beteiligen, **besteht die Möglichkeit, die Anwendung gezielt tödlich wirkender militärischer Gewalt zu empfehlen.**"

antikriegs-info ★ der DKP September 2010

Hightech-Truppe für weltweite Kriegseinsätze

Kleinere Truppe, aber mehr Soldaten für weltweite Interventionen

Die schwarz-gelbe Regierung will die Bundeswehr zu einer Profi-Truppe für weltweite Einsätze machen und damit das Grundgesetz und seinen Verteidigungsauftrag endgültig zum Altpapier packen.

"Verteidigungs"minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) schlägt vor, dazu die Wehrpflicht auszusetzen und die Truppe drastisch von 252.000 auf 163.500 Soldaten zu verkleinern. Darunter sollen auch 7.500 freiwillig Wehrdienstleistende sein, die zu Auslandseinsätzen herangezogen werden können. "Wir werden weniger Soldaten als heute haben, aber besser und effektiver", erklärte der Minister. Heute könnten höchstens 8.000 Soldaten zu Interventionseinsätzen in aller Welt geschickt werden. Für Guttenberg ist das "nicht gerade ein Ausdruck großer internationaler Wettbewerbsfähigkeit". Wo es um Rohstoffsicherung, wichtige Handelsrouten und geostrategische Positionen geht, will Deutschland künftig stärker mit dabei sein.

Eine "Sparoperaton" wird der Umbau der Bundeswehr dabei nicht. War vor Wochen noch von Einsparungen bei der Bundeswehr in Höhe von 8,3 Mrd Euro über die Jahre die Rede, so rechnet Guttenberg jetzt mit höchstens 1,5 Mrd. Und Kanzlerin Merkel hat klargemacht, dass zwei Milliarden mehr oder weniger beim Militär für sie kein Thema sind. Den mächtigen Rüstungskonzernen hat Guttenberg den Bundeswehr-Umbau als große Chance erklärt: Weniger Geld für Personal, dafür mehr für Hightech-Waffen.

Die geopolitische Bedeutung Afghanistans

Für alle, die sich immer noch fragen, warum die Bundesregierung Tausende Soldaten und Milliarden Euro nach Afghanistan schickt und trotz einer wachsende Zahl getöteter und traumatisierter Soldaten eisern entschlossen ist, diesen Krieg fortzusetzen, hat das politik- und industrienahe Info-Blatt „IAP-Dienst Sicherheitspolitik" (Zielgruppe Bundeswehr, Ministerien, Behörden und Ämter, Botschaften, Verbände und Körperschaften) in seiner Ausgabe Juli 2010 eine prägnante Definition geliefert.

„Die geopolitische Bedeutung Afghanistans begründet sich in erster Linie durch seine Lage, in zweiter Linie durch seine vorwiegend mineralische, aber erst sukzessive wirksam werdende Rohstoffperspektive.

Afghanistan bildet eine Verbindungs- und Brückenregion (Scharnierfunktion), die einerseits die fossilen Ressourcen der Kaspischen Region mit den Lieferländern Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan, sowie andererseits die energetischen Rohstoffe aus dem Nahen Osten mit den Importeuren in Zentral- und Ostasien verbindet."

"Kreative" Rüstungsgeschäfte

Der Rüstungskonzern EADS reagiert mit einer Mehrfachstrategie auf die Pläne zum forcierten Umbau der Bundeswehr. Künftig sollen die Rüstungsgeschäfte nicht nur weitergehen, wie bisher - sie sollen noch mehr Profit abwerfen.

„Wir müssen dahin, wo das Geld ist", erklärte dazu der Verantwortliche für die Rüstungssparte im Konzern, Stefan Zoller. Lukrative Märkte sieht er neben den USA in Indien, Brasilien und im Mittleren Osten. Indien soll seine Rüstungsausgaben in diesem Jahr um ein Drittel und Brasilien um ein Viertel erhöht haben.

Neben dem Waffenexport soll auch das Geschäft mit der „homeland security" ausgebaut werden. Systeme zur Flüchtlingsabwehr, Grenzüberwachung, Überwachung von Großveranstaltungen und Demonstrationen - das sind Felder, die hohe Profite versprechen, weil dabei Gerät zum Einsatz gebracht werden kann, das bereits bei den Militärs Verwendung findet. So könnte der Konzern doppelt abkassieren. Hier winken auch milliardenschwere Fördertöpfe, beispielsweise aus Forschungsmitteln der EU.

Und dann gilt es „kreative Lösungen" zu finden, damit auch weiterhin aus den „Verteidigungs"etats der EU-Staaten die Gelder direkt in der EADS-Kasse landen. Nachdem der Konzern den Abnehmerländern deutlich höhere Preise beim Militärtransporter Airbus A400M auf's Auge gedrückt hat, geht es jetzt um das künftige Eurofighter-Geschäft. Im letzten Sommer konnte EADS die dritte Tranche mit 112 Kampfjets unter Dach und Fach bringen, obwohl die auf weltweite Interventionen ausgerichteten EU-Armeen inzwischen lieber andere Waffensysteme ordern würden. Jetzt geht es um den Bauabschnitt 3b, in dem ab dem Jahr 2015 weitere 124 Eurofighter produziert werden sollen.
Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien haben sich zum Kauf verpflichtet, EADS will dafür über zehn Milliarden Euro haben. Italien möchte aus dem Vertrag aussteigen, Großbritannien verkauft seine Eurofighter direkt weiter an Saudi-Arabien und verhandelt außerdem mit Oman.

Für EADS geht es darum, auch längerfristig seine Produktionskapazitäten auszulasten und mit garantierten Profiten planen zu können.
Deshalb wird derzeit über einen Deal spekuliert, der für ein Entgegenkommen beim Eurofighter-Vertrag EADS einen fetten Auftrag über die Herstellung von Drohnen garantiert. Der Konzern will seine Spionage-Drohne Talarion unbedingt an Deutschland, Frankreich, Spanien und möglicherweise die Türkei verkaufen, um bei der Verteilung des üppigen „Drohnen-Kuchens" in Zukunft mit dabei zu sein. Die Ausgaben für militärische Drohnen wachsen weltweit in atemberaubendem Tempo. Laut EADS hat schon das Geschäft mit Talarion „ein noch größeres Potenzial als der Eurofighter". Deshalb hat der Konzern auch bereits die Belegschaften und Betriebsräte seiner Rüstungsschmieden eingespannt und die CSU in Bayern mit Ministerpräsident Seehofer an der Spitze mobilisiert, um entsprechenden Druck auf die Berliner Politik auszuüben.

Karl Liebknecht, April 1913

"Brutal, robust, voll zynischen Hohns gegen alle Argumente und Methoden einer sozusagen feineren Gesittung, wie der Militarismus selbst, diese konzentrierte, systematisierte Roheit der Gewalttätigkeit - so ist die Rüstungsindustrie. Ungeheuerlich in ihrem Kräften, unersättlich in ihren Ansprüchen, leidenschaftlich in ihrem Profitwillen. Gefüttert mit den sauren Groschen der Armen, die sie in süße Millionen für Geldfürsten wandelt."